

Antrag

der Abgeordneten Dr. Uwe Holtz, Christoph Matschie, Verena Wohlleben, Brigitte Adler, Gerd Andres, Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Thea Bock, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Norbert Gansel, Dr. Ingomar Hauchler, Gerlinde Hämmerle, Susanne Kastner, Walter Kolbow, Volkmar Kretkowski, Dr. Klaus Kübler, Robert Leidinger, Horst Niggemeier, Adolf Ostertag, Rudolf Purps, Dieter Schanz, Günter Schluckebier, Renate Schmidt (Nürnberg), Brigitte Schulte (Hameln), Dr. R. Werner Schuster, Ludwig Stiegler, Margitta Terborg, Hans-Günther Toetemeyer, Hans Wallow, Uta Zapf, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Bekämpfung von Fluchtursachen

Angesichts zunehmenden weltweiten Flüchtlingselends ist die internationale Staatengemeinschaft vor die Aufgabe gestellt, die Fluchtursachen in der Welt im Interesse der Betroffenen und der Aufnahmeländer zu bekämpfen. Die weltweiten Migrationsbewegungen, deren Auswirkungen sich auch hier in Deutschland insbesondere durch steigende Asylbewerberzahlen zeigen, können auf längere Sicht nur verringert werden, wenn die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, erfolgreich ist. Dazu bedarf es nicht nur Maßnahmen in den Entwicklungsländern, den Ländern Osteuropas und Änderungen im Nord-Süd-Verhältnis, sondern auch konkreter Schritte seitens der Bundesregierung sowie gemeinsam aufeinander abgestimmter Initiativen von Industrieländern und internationalen Hilfsorganisationen.

Weil die Flüchtlingsbewegungen aus dem Süden und Osten vor allem eine Folge des wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Nord-Süd- bzw. West-Ost-Gefälles sind, gilt es, vom Norden aus gegenüber dem Süden eine wirtschaftliche und soziale Entspannungspolitik einzuleiten und insgesamt der höchst ungleichen Verteilung der Lebenschancen und dem Wohlstandsgefälle entgegenzuwirken.

Krasse Armut, Hunger, Kriege, Bürgerkriege, ethnische Konflikte, Umweltzerstörungen und -katastrophen, dramatischer Bevölkerungsanstieg, schwere Menschenrechtsverletzungen und diktatorische Regime führen zu immer größeren Fluchtbewegungen. Auf der anderen Seite gibt es Gründe, die eine Abwanderung in Industrieländer attraktiv erscheinen lassen. Dazu gehören vor allem bessere Lebensbedingungen, Freiheitsrechte und demokra-

tische Regierungssysteme, bessere Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und innerer Friede.

In erster Linie sind von diesen Fluchtbewegungen Entwicklungsländer betroffen. Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) gab es Anfang 1991 weltweit nach den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention 17,3 Mio. Flüchtlinge, die unter das Mandat des UNHCR fallen. Dies ist gegenüber 1990 eine Steigerung um 2,3 Mio. Menschen und verdeutlicht die Dynamik der gegenwärtig wachsenden Flüchtlingszahlen. Außerdem müssen noch 2,2 Mio. palästinensische und 0,3 Mio. kambodschanische Flüchtlinge hinzugerechnet werden, die unter die Betreuung anderer VN-Organisationen fallen. Von allen Flüchtlingen sind je nach Berechnung zwischen 80 und 90 Prozent von Entwicklungsländern selbst aufgenommen worden, lediglich 10 bis 20 Prozent von Europa und Nordamerika. Über die VN-Mandatsflüchtlinge hinaus werden noch ca. 18 bis 20 Mio. sogenannte „displaced persons“ (Flüchtlinge im eigenen Land) und ca. 80 Mio. Migranten auf der Suche nach besseren Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Heimatländer geschätzt. Außerdem geht man von Millionen von Zuwanderern aus Osteuropa aus, falls sich die Verhältnisse dort nicht zum Besseren wenden.

Vor dem Hintergrund dieser Flüchtlingssituation ist es notwendig, einerseits langfristige Programme zur Bekämpfung von Fluchtursachen zu forcieren und andererseits in stärkerem Umfang als bisher Hilfeleistungen für die akute Notlage von Flüchtlingen in Entwicklungsländern zu erbringen. Darüber hinaus bedarf es kurz- und mittelfristiger Maßnahmen der Bundesregierung als Beitrag zur Verminderung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge. Wir sind dringlicher denn je gefordert, die Grundbedürfnisse und Rechte der Unterdrückten, der Elends-, Armuts- und Kriegsflüchtlinge zu sichern. Dazu brauchen wir eine vorausschauende Politik internationaler Zusammenarbeit.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine aktivere Friedenspolitik mit einem grundsätzlichen Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der NATO zu betreiben;
2. eine konsequente Menschenrechtspolitik zu einem der Hauptziele ihrer Außenbeziehungen zu machen, die Diktaturen weder direkt noch indirekt unterstützt, selbst wenn damit gute Exportgeschäfte oder andere Vorteile verbunden sind. In Ländern mit Demokratiedefiziten müssen Entwicklungshilfeszusagen und andere Kooperationsformen von deutlichen Fortschritten im Menschenrechtsbereich abhängig gemacht werden;
3. mehr Mittel für rasch wirksame Maßnahmen zur direkten Entschärfung des Weltflüchtlingsproblems bereitzustellen. Dabei sollen sowohl Maßnahmen der humanitären Hilfe als

auch mittel- bis längerfristig und möglichst strukturbildend wirkende Maßnahmen der bilateralen wie multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, wie z.B. Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, gefördert und Reintegrationshilfen gewährt werden. Die Mittel für den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und andere relevante internationale Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sollen erhöht werden;

4. direkte materielle und politische Patenschaften für Flüchtlingslager in den Ländern, die in der Anzahl der Migrationsbewegungen im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung überbelastet sind, zu unterstützen;
5. sich stärker als bisher mit finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Ressourcen für eine international koordinierte Katastrophenvorbeugung zu engagieren;
6. eine präventive Entwicklungspolitik auch mit dem Ziel zu betreiben, zumindest auf längere Sicht neue und größere Flüchtlingsströme vermindern zu helfen. Oberstes Ziel der Politik muß es sein, zu einer menschenwürdigen, wirtschaftlich produktiven, sozial gerechten, umweltverträglichen und auf Dauer tragfähigen Entwicklung in den Entwicklungsländern und in den Ländern Osteuropas beizutragen. Dazu bedarf es neben einer entwicklungsverträglichen Umgestaltung der internationalen Rahmenbedingungen auch der Beseitigung interner Entwicklungshemmnisse in den betreffenden Ländern selbst. Für eine derartig neuorientierte Politik sind die Anstrengungen zu verstärken; für die Nord-Süd-Zusammenarbeit sind die entwicklungspolitischen Leistungen im Laufe der neunziger Jahre zu verdoppeln. Dabei müssen die Menschenrechtsorientierung, die Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe, Verbesserung der Situation und Stellung der Frauen, die Eindämmung des Bevölkerungswachstums, die Umweltprogramme sowie ganz allgemein Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen verstärkt werden. Auf die kulturellen, wirtschaftlichen und natürlichen Gegebenheiten des Empfängerlandes ist Rücksicht zu nehmen;
7. zugunsten der hilfsbedürftigen Länder Osteuropas noch stärker auf nationaler und vor allem internationaler Ebene wirkungsvolle kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen im Rahmen einer verstärkten politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Kooperation zu ergreifen bzw. anzuregen. Beim Technologie- und Erfahrungstransfer mit diesen Ländern sollte die Bundesregierung die Erkenntnisse und Instrumente bisheriger Entwicklungszusammenarbeit stärker nutzen. Dabei sind besonders adäquate Eigenanstrengungen zu fördern und die gewachsenen Handelsbeziehungen innerhalb Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu unterstützen;
8. die Maßnahmen der Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Umwelt- und Entwicklungspolitik aufeinander abgestimmt zur Be-

kämpfung der Fluchtursachen einzusetzen und sich national wie international zu einer Politik zu verpflichten, die staatliches und privatwirtschaftliches Handeln am Leitbild einer auf Dauer tragfähigen Entwicklung ausrichtet, sowie zusammen mit den anderen reichen Ländern der G-7-Gruppe bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Weichenstellungen die besonderen Interessen der Entwicklungsländer im Sinne eines fairen Nord-Süd-Ausgleichs zu hören und einzubeziehen. Insbesondere geht es darum, sich aktiv für eine schnelle und entwicklungsverträgliche Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Entwicklungsländer einzusetzen, wozu vordringlich die Lösung der Schuldenkrise, die Verbesserung der Handels- und Austauschbedingungen sowie eine stärker an den Menschen orientierte Politik von IWF und Weltbank gehören;

9. eine international koordinierte Weltordnungspolitik umsetzen zu helfen, an der der Süden gleichberechtigt teilhat, und die vom Norden auch ein radikales Umdenken und Umsteuern im Produktions- und Konsumverhalten erfordert;
10. für die Hauptkrisengebiete, in denen es in größerem Umfang Fluchtbewegungen gibt, eine differenzierte Analyse der konkreten Fluchtursachen zu erarbeiten und ein auf diese Analyse abgestimmtes politisches Konzept vorzulegen, wie durch koordinierte Maßnahmen aller Ressorts der Bundesregierung, der europäischen Politik und durch Einsatz internationaler Organisationen die Fluchtursachen gezielt bekämpft werden können;
11. dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie sich die Weltflüchtlingssituation entwickelt hat, wie die Bundesregierung die vorgenannten Forderungen umgesetzt hat, und welche Maßnahmen sie im Berichtszeitraum ergriffen hat, um Flüchtlingen zu helfen und Fluchtursachen zu bekämpfen, und welche Erfahrungen aus diesen Bemühungen resultieren. Der Bericht soll außerdem deutlich machen, welche neuen konzeptionellen Konsequenzen die Bundesregierung aus den gewonnenen Erfahrungen zieht.

Bonn, den 12. Dezember 1991

Dr. Uwe Holtz
Christoph Matschie
Verena Wohlleben
Brigitte Adler
Gerd Andres
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Thea Bock
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Norbert Gansel
Dr. Ingomar Hauchler
Gerlinde Hämmerle
Susanne Kastner
Walter Kolbow
Volkmar Kretkowski
Dr. Klaus Kübler

Robert Leidinger
Horst Niggemeier
Adolf Ostertag
Rudolf Purps
Dieter Schanz
Günter Schluckebier
Renate Schmidt (Nürnberg)
Brigitte Schulte (Hameln)
Dr. R. Werner Schuster
Ludwig Stiegler
Margitta Terborg
Hans-Günther Toetemeyer
Hans Wallow
Uta Zapf
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

